

**AK Vorarlberg**

Widnau 4, 6800 Feldkirch, Österreich

# **AK Wohnumfrage 2026 – Die Ergebnisse**

## **AK Wohnumfrage bestätigt mit der fünften Umfrage zum Thema Wohnen: Die hohe Wohnkostenbelastung in Vorarlberg hat System und verbleibt auf Rekordhoch. Trotz steigenden Durchschnittseinkommen belasten die gestiegenen Wohnkosten, besonders Mieten, die Haushalte nach wie vor schwer.**

Über 2.000 Vorarlberger:innen haben im April 2026 an der Online-Umfrage der AK Vorarlberg zum Thema Wohnen teilgenommen und ihre persönliche Situation geschildert. Nach vier Jahren ist das eine stabile Teilnahme und liefert wertvolle Daten, besonders für die Entwicklung über die Zeit. Die Umfrage fand im April über einen Zeitraum von knapp drei Wochen statt. Es war nach 2018, 2023, 2024 und dem vergangenen Jahr 2025 die bereits fünfte große Umfrage der AK Vorarlberg zur Wohnsituation in Vorarlberg. Die rege Teilnahme unserer Mitglieder und von Personen aus Vorarlberg hilft uns, die Interessen der Vorarlberger:innen beim Thema Wohnen besser zu vertreten und der mangelnden Datengrundlage entgegenzuwirken.

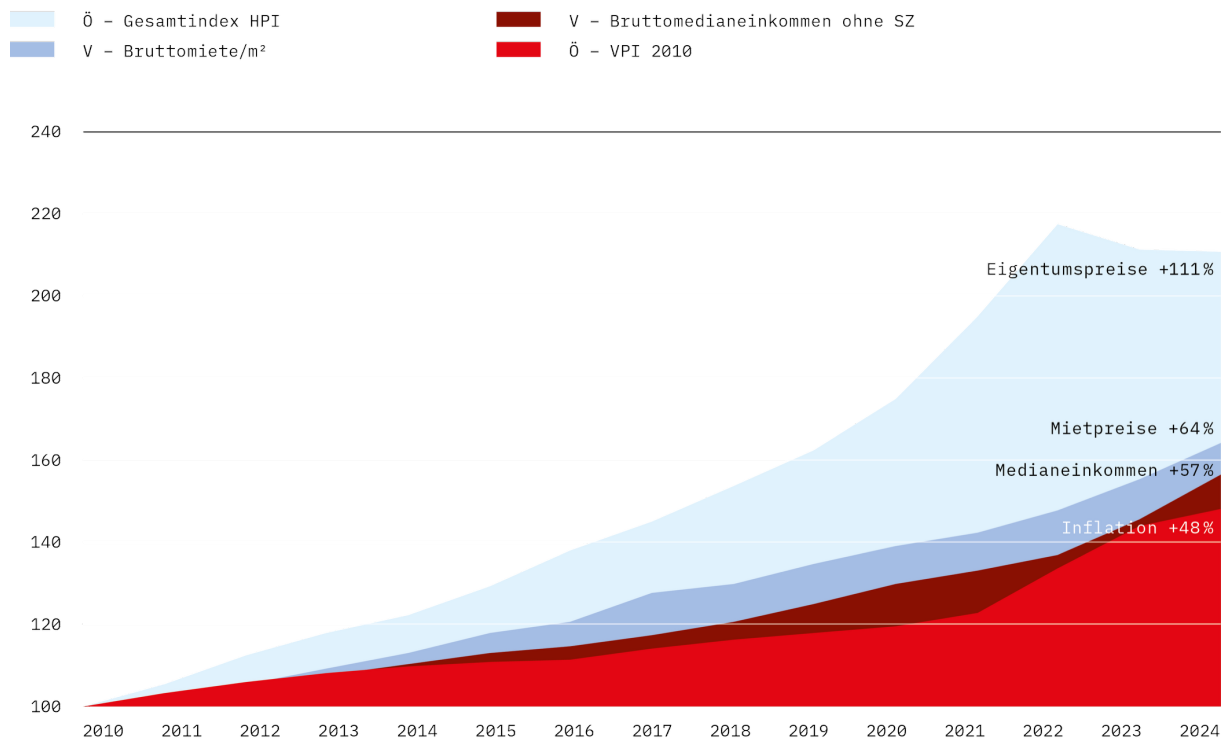
### **Wohnkostenbelastung steigt weiter auf 39 Prozent des Haushaltseinkommens<sup>1</sup> – und Personen in privater Miete müssen bereits 44 Prozent des Einkommens aufwenden**

Bei der Umfrage 2025 gaben die Teilnehmer:innen an, im Durchschnitt knapp ein Drittel (33,1 Prozent) ihres Haushaltseinkommens für die Wohnkosten aufwenden zu müssen (2018 waren es 28 Prozent und im Jahr 2023 32 Prozent, 2024 32,8 Prozent). Laut der aktuellen Umfrage verbleibt der Anteil auch heuer auf dem Höchstwert – über ein Drittel des Einkommens (39 Prozent) wird im Durchschnitt für Wohnkosten aufgebracht. Bei den Mieter:innen in privater Miete trifft das auf ganze 44 Prozent zu, bei den Mieter:innen im Gemeinnützigen Wohnbau auf 37 Prozent. Sie liegen damit knapp über den Eigentümer:innen, welche im Schnitt 31 Prozent für das Wohnen ausgeben. Das sind alarmierende Zahlen. Kein Wunder: Die Preise für Eigentum und Mieten sind in den vergangenen Jahren explodiert und haben sich trotz Rezession und gestiegenen Zinsen nur teilweise stabilisiert. Die Löhne konnten damit trotz Zuwächsen nicht Schritt halten (siehe Abbildung 1). Die geopolitische Lage lässt erwarten, dass die Preise und damit Mieten wieder anziehen werden.

---

<sup>1</sup> Definition: Abgefragt wurde das verfügbare Haushaltseinkommen netto: „Wie hoch ist Ihr monatliches (gemeinsames) Haushaltseinkommen (netto)“; also vor allfälligen Abzügen wie Miete, Kreditraten usw. aber inkl. aller Sozialleistungen, Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld usw.

## Abbildung 1: Entwicklung der Preise für Eigentum, Miete, Inflation und Einkommen



Quelle: Statistik Austria; HV-SV-Einkommensdaten 2010–2024; eigene Berechnungen

Anmerkung: Indexierung (2010 = 100); die HV-SV-Daten unterscheiden nicht nach Anstellungsausmaß und bilden dementsprechend alle in Vorarlberg unselbstständig Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten ab.

Die langfristige Entwicklung bis 2024 zeigt, dass die Schere zwischen Einkommen und Wohnkosten immer weiter aufgeht, Preise für Eigentum haben sich seit 2015 sogar mehr als verdoppelt. Dazu kommt, dass die Inflation in Österreich nach wie vor hoch ist und über der des Euroraumes liegt (3,1 Prozent im März<sup>2</sup>). In Anbetracht der geopolitischen Lage wird ein weiterer Anstieg der Inflation prognostiziert. Weiters machen sich die nun gesunkenen Kreditzinsen nur langsam bemerkbar und durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten sind die Kreditrückzahlungen angestiegen. Zudem sind bei drohender Inflation Zinsanstiege zu erwarten. Die Einkommen haben zwar in den vergangenen Jahren nachgezogen, was aber nicht automatisch bedeutet, dass die Wohnkostenbelastung sinkt. Gründe genug für die Arbeiterkammer Vorarlberg, um mit der fünften AK Wohnumfrage den Fokus auf die Wohnkostenbelastung der Vorarlberger:innen zu legen.

<sup>2</sup> VPI März 2026; Basis 2020 & Veränderung zum Vorjahr; Quelle: Statistik Austria

## Ergebnisse im Detail

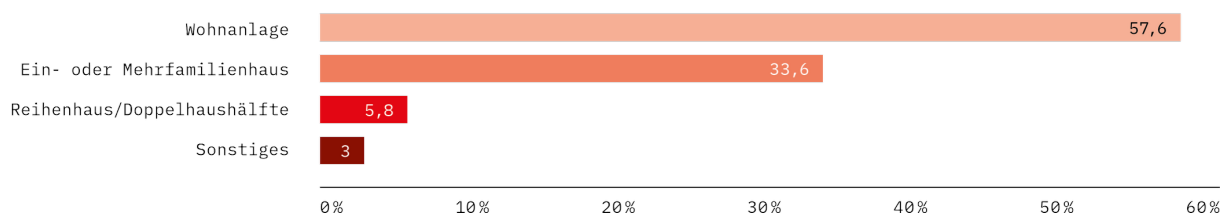
### Überblick

Knapp 2.200 Personen haben an der Umfrage teilgenommen. Nach sorgfältiger Bereinigung bleiben knapp 800 für Detailauswertungen übrig. Je ein Viertel der Teilnehmer:innen stammt laut Angabe aus den Bezirken Dornbirn und Bregenz, knapp ein Drittel aus Feldkirch und etwa 15 Prozent aus Bludenz. Diese Verteilung ist über alle Umfragen hinweg erstaunlich stabil, auch wenn sie der Wohnverteilung in Vorarlberg nur teilweise entspricht. Im Durchschnitt leben 2,8 Personen auf knapp 92 m<sup>2</sup> in den teilnehmenden Haushalten, nahezu dieselben Werte wie 2023 und 2024. Monatlich wenden sie Wohnkosten von etwa € 1.158,- (Miete und Eigentum im Durchschnitt) auf, knapp drei Prozent mehr als vergangenes Jahr<sup>3</sup>. Dies bestätigt auch die Validität der Umfrageergebnisse: Erwartungsgemäß sollen Werte wie beispielsweise die durchschnittlichen m<sup>2</sup> Wohnraum in Vorarlberg kurz- bis mittelfristig relativ<sup>4</sup> konstant bleiben. Daten wie die Wohnkosten hingegen entwickeln sich erwartungsgemäß dynamisch. Gegeben der Anzahl der Teilnehmer:innen und den knappen Abständen von einem Jahr gibt es hier jedoch eine gewisse Schwankungsbreite von mehreren Prozentpunkten. Konstante Werte von Jahr zu Jahr sind demnach Ausdruck hoher Datenqualität und der Validität der Angaben der Teilnehmer:innen. Zudem lassen sich die Daten mit jenen aus weiteren Quellen wie Statistik Austria vergleichen – sowohl absolut als auch im Hinblick auf die Veränderung über die Zeit. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die zusätzlichen Informationen, die in der Umfrage enthalten sind, einen guten Einblick in die Situation der Teilnehmer:innen und auch der Vorarlberger:innen insgesamt geben können. So auch die subjektive Einschätzung der Wohnkosten: Knapp 63 Prozent geben an, dass die Höhe der Wohnkosten zu hoch und ungerechtfertigt ist, bei privater Miete sind es über 80 Prozent. 38 Prozent fühlen sich von den Wohnkosten stark belastet, 44 Prozent verspüren eine gewisse Belastung und nur 18 Prozent geben an, nicht belastet zu sein. Zur Orientierung: Etwa 16 Prozent der Teilnehmer:innen gehören mit einem Haushaltseinkommen von über € 5.000,- zu den Top-Verdienern, diese haben den geringsten Anteil an Wohnkosten gemessen am Haushaltseinkommen.

### Wohnsituation

Durchschnittlich leben die Teilnehmer:innen seit 2014 in ihrem Haus oder in ihrer Wohnung. Ein Drittel der Gebäude sind vor 2000 erbaut, 43 Prozent nach 2011, nur etwa 17 Prozent nach 2021, im Jahr 2024 waren das noch 12 Prozent.

#### Abbildung 2: Wo die Teilnehmer:innen wohnen



<sup>3</sup> Im Jahresabstand liegt dieser Wert innerhalb der Schwankungsbreite.

<sup>4</sup> Mit Ausnahme langfristiger Entwicklungen wie die Zunahme an Einzelhaushalten oder der Ausweicheffekt, wenn auf Grund hoher Kosten auf kleinere Wohnflächen ausgewichen werden muss; beides Effekte, die den durchschnittlichen Wohnraum nach unten drücken.

Abbildung 2 zeigt: 57,6 Prozent wohnen in einer Wohnanlage (Miete oder Eigentum) und etwa ein Drittel in einem Ein- oder Mehrfamilienhaus. Damit entspricht die Verteilung, wie erwartet, nahezu jener aus den vorangegangenen Umfragen. Knapp über 60 Prozent der Ein- oder Mehrfamilienhausbewohner:innen sind im Hauseigentum, knapp ein Drittel in privater Miete, nur 7 Prozent im Wohnungseigentum. Selbes gilt für Reihenhaus bzw. Doppelhaushälfte. Wohnanlagen sind zu 52 Prozent in privater Miete bewohnt.

Nur 43 Prozent aller Teilnehmer:innen wohnen in Eigentum (24,1 Prozent Hauseigentum und 18,3 Prozent Wohnungseigentum, diese Verteilung ist verglichen mit den vergangenen Umfrageergebnissen relativ konstant). Ganze 43,6 Prozent wohnen in privater Miete und 11 Prozent in Miete im Gemeinnützigen Wohnbau (VOGEWOSI, Alpenländische Heimstätte, WBS), knapp 2 Prozent geben an, eine „andere“ Wohnsituation wie Arbeitgeberwohnungen etc. zu haben. Auch das ist vergleichbar mit vergangenen Umfragen. Damit ist Vorarlberg ein Land der Mieter:innen.

Im Schnitt sind die Teilnehmer:innen etwa 46 Jahre alt. Hier gibt es aber ein bemerkenswertes Gefälle zwischen Miete und Eigentum: Die Mieter:innen sind mit etwa 45 Jahren durchschnittlich jünger als die Eigentümer:innen mit 49 Jahren, aber die Mieter:innen werden älter – in den vergangenen Jahren waren sie im Schnitt 42 bzw. 43 Jahre alt. Das deckt sich mit Daten der Statistik Austria und Analysen vom WIFO: Junge Familien können sich zunehmend kein Eigentum mehr leisten und es ergibt sich eine Ungleichverteilung anhand des Alters beim Vermögen, speziell bei Wohneigentum<sup>5</sup>. Mit den explodierenden Kosten ist das Eigenheim unleistbar geworden. Nach eigenen Berechnungen mit Daten der Statistik Austria zu Haushaltseinkommen und Eigentumspreisen in Vorarlberg zeigt sich, dass sich nur etwa die 15 bis 20 Prozent bestverdienenden Haushalte noch ein Eigenheim leisten können – und auch nur dann, wenn sie ab Arbeitseintritt eisern sparen und sich bis in die Pension verschulden<sup>6</sup>. Laut Daten der Österreichischen Nationalbank war im Jahr 2010 für die Mehrheit ein Kredit in Höhe des sechsfachen Jahreseinkommens für ein Eigenheim ausreichend, 2023 war bereits das Zehn- bis Zwölfwache notwendig, heute sogar mehr<sup>7</sup>.

## Weiter steigendes Interesse an Gemeinnützigen Wohnungen

In der Umfrage geben mehr als ein Drittel der Teilnehmer:innen an, gerne in eine Gemeinnützige Wohnung zu ziehen, nur etwa 3 Prozent stehen bereits auf der Liste. Das deckt sich mit den Ergebnissen der Vorjahre: Bei der Verfügbarkeit der Gemeinnützigen Wohnungen scheint es keine Dynamik im Land zu geben. Interessant ist aber, dass dieses Interesse bis tief in die Mittelschicht zu reichen scheint. Knapp 11 Prozent wohnen bereits in einer Gemeinnützigen Wohnung, Interesse besteht bei bis zur Hälfte der Teilnehmer:innen.

Etwa ein Viertel gibt an, mit der Hausverwaltung unzufrieden zu sein. 35 Prozent haben keine Hausverwaltung, erwartungsgemäß wohnen diese Personen überwiegend im Eigenheim. Nur mehr etwa 27 Prozent der Teilnehmer:innen planen die Anschaffung eines Eigenheimes in den nächsten fünf Jahren – in den vergangenen Umfragen waren das noch mehr als ein Drittel. Den Umzug in eine günstigere Wohnung planen fast 36 Prozent und 16 Prozent wollen bzw. müssen in eine kleinere Wohnung ziehen.

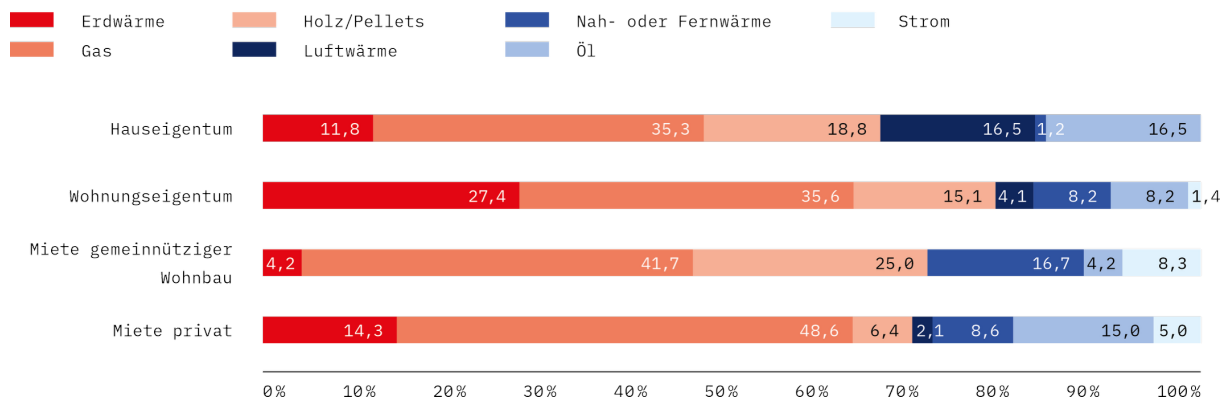
<sup>5</sup> Siehe WIFO: Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019, 2023

<sup>6</sup> Quelle: Statistik Austria (verfügbares Haushaltseinkommen & Immobilienpreise); Anmerkung: Hochrechnung mittels Tariflohnindex; Annahmen: Sparquote 25% bei 1% Verzinsung, Kreditzinsen laut mehreren Vergleichsrechnern ca. 3,8% p.a. effektiv, durchschnittlich 6% Kaufnebenkosten, Maximale Kreditrate 40% des Einkommens.

<sup>7</sup> OeNB FINANCIAL STABILITY REPORT 45, June 2023

Beim Heizen gibt es wenig Unterschiede: Sieht man sich an welche Heizsysteme in Verwendung sind, gibt es nur vereinzelt Unterschiede zwischen Miete und Eigentum, wie in Abbildung 3 erkennbar ist:

**Abbildung 3: Heizsystem nach Wohnrechtsverhältnis**



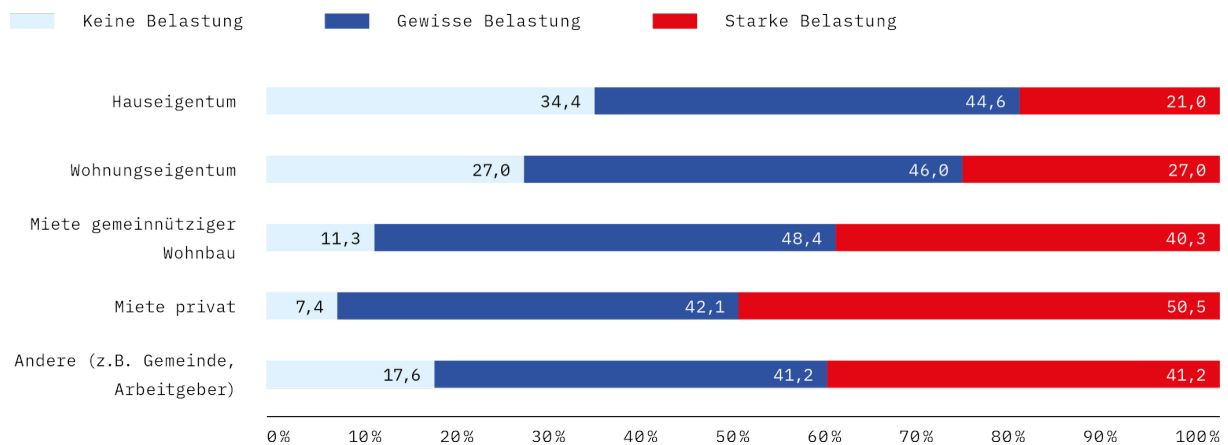
Immer noch mehr als die Hälfte heizt mit Öl oder Gas, quer über alle Wohnformen hinweg. Ein deutlicher Anstieg von Luftwärme und Nah- bzw. Fernwärme ist verglichen mit dem Vorjahr erkennbar. Erdwärme und Luftwärme ist allerdings im Eigentum deutlich häufiger vertreten. Fast 5 Prozent geben an, einen Heizungstausch zu planen, vorwiegend im Hauseigentum. Dabei geben über 80 Prozent an, auf Erd-, Luft- oder Nah- bzw. Fernwärme umsteigen zu wollen. Weitere 10 Prozent auf Holz bzw. Pellets oder sonstiges. Auch die Gründe dafür, keinen Wechsel zu planen, wurden abgefragt. Hierbei zeigt sich, dass besonders Mieter:innen keinen Einfluss darauf haben, sich dies aber wünschen würden. Schließlich sind die Heizkosten Durchlaufposten und das Preisrisiko (beispielsweise beim Gas) bleibt bei den Mieter:innen hängen. Weiters werden besonders von Eigentümer:innen die mangelnden Förderungen und die Eigentümerversammlung als Bremse genannt.

### Wohnkostenbelastung

Verglichen mit den Umfragen aus den Vorjahren hat die Teuerung an sich aktuell noch wenig direkten subjektiven Einfluss auf die Wohnsituation. Die Teuerungswelle hat sich in mehreren Runden auf die Miete durchgeschlagen. Die Wohnkosten bzw. die Anstiege der Wohnkosten an sich bereiten den Menschen nun mehr Sorge als die allgemeine Teuerung. Die Anzahl der Personen, welche angeben, die Teuerung „hat keinen Einfluss“, hat sich verdoppelt. Aber es gibt hier deutliche Unterschiede: Besonders betroffen sind dabei Mieter:innen in privater Miete, hier geben noch immer 40 Prozent auf die Frage zum Einfluss der Teuerung an, „sie wissen nicht, wie lange es sich noch ausgeht“, bei Eigentümer:innen sind es um die 16 Prozent – am wenigsten betroffen fühlen sich Hauseigentümer:innen generell.

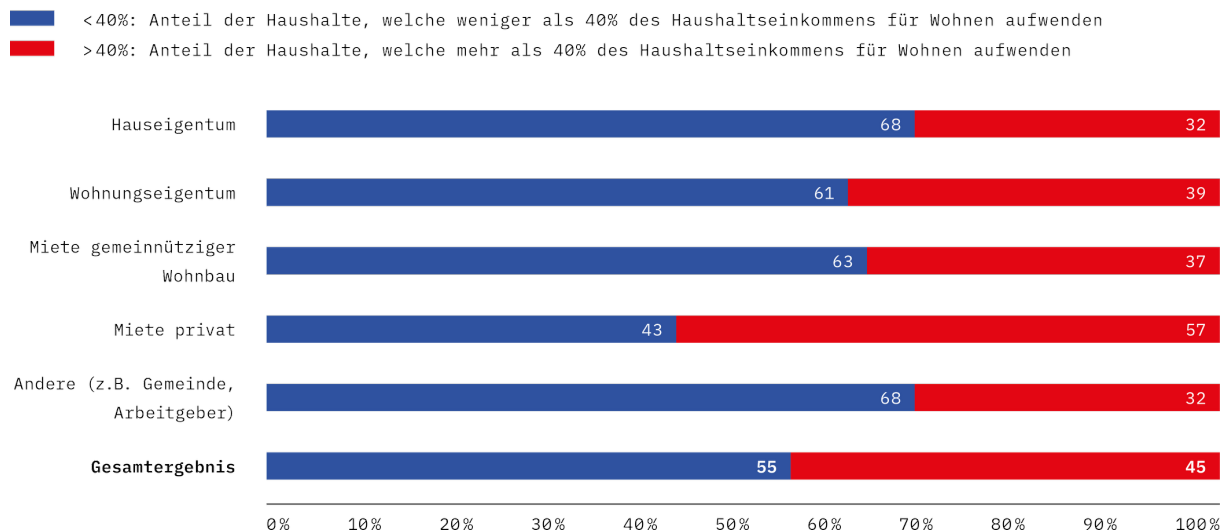
Der Einfluss der Inflation ist aber differenziert zu sehen: Es gibt sowohl mehr Haushalte, welche stark betroffen sind, als auch mehr Haushalte, welche angeben, nicht betroffen zu sein. Dies kann einerseits damit zusammenhängen, dass besonders Gutverdiener:innen die Inflation besser abgegolten bekommen. Es kann aber auch damit zusammenhängen, dass die Teuerung im Allgemeinen zurückgegangen ist und der direkte Einfluss nicht mehr so bemerkbar ist, sondern die gestiegenen Wohnkosten direkt zur Belastung werden. Die Angaben zur subjektiven Belastung durch die Wohnkosten direkt bestätigen das: Die Belastung ist nach wie vor hoch, wie in Abbildung 4 zu sehen ist.

**Abbildung 4: Belastung durch Wohnkosten**



Die direkt subjektiv wahrgenommene Belastung der Umfrage-Teilnehmer:innen, nicht zwangsläufig durch die aktuelle Teuerung bedingt, variiert je nach Wohnsituation stark. Abbildung 4 zeigt unter anderem, dass über 50 Prozent der Mieter:innen in privater Miete sich stark belastet fühlen und 42 Prozent eine gewisse Belastung wahrnehmen. Der Anteil der Personen, welche sich nicht belastet fühlen, ist hier sogar zurückgegangen. Auch 20 bis 27 Prozent der Eigentümer:innen spüren eine starke Belastung durch die Wohnkosten. Das deckt sich auch mit der Wahrnehmung zur Angemessenheit der Wohnkosten: Mehr als 80 Prozent, die in privater Miete wohnen, finden die Wohnkosten zu hoch. Etwa 40 Prozent der Eigentümer:innen finden die Wohnkosten angemessen.

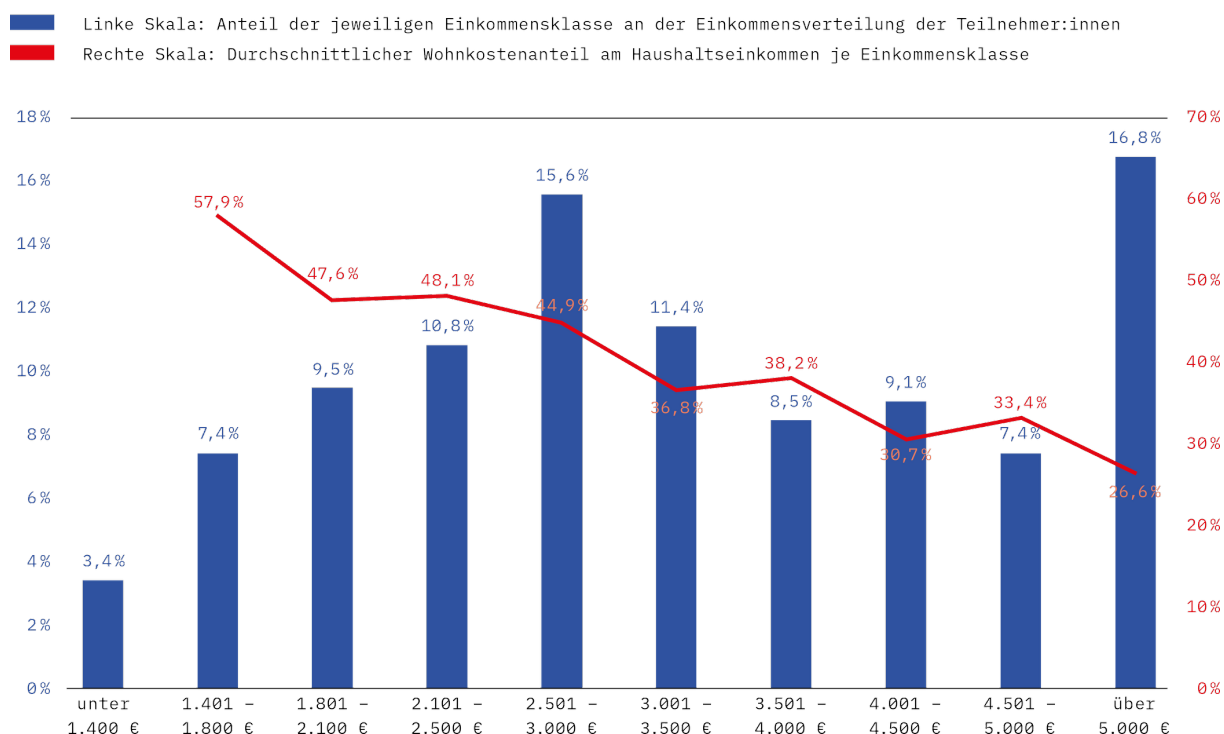
**Abbildung 5: Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen über bzw. unter 40 Prozent, nach Rechtsverhältnis**



Die Literatur klassifiziert Haushalte, die mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden, als belastet. Laut aktueller AK Umfrage – konservativ gerechnet – geben bereits 45 Prozent (2024: 38 Prozent) mehr als 40 Prozent des Einkommens für Wohnen aus und gelten somit als belastet<sup>8</sup>.

Der Anteil der Betroffenen (= Haushalte mit Wohnkostenanteil über 40 Prozent des Haushaltseinkommens) ist bei den Mieter:innen am höchsten (57 Prozent), wie Abbildung 5 veranschaulicht. Bei den Eigentümer:innen sind es 32 bis 39 Prozent, das sind deutlich mehr als im letzten Jahr (etwa 29 Prozent) und im Jahr 2023. Fast 45 Prozent der Eigentümer:innen haben gemischt oder vollständig variabel verzinsten Kredite. Hier machen sich die gesunkenen Zinsen bemerkbar, welche die Rückzahlungen bei variablen und gemischten Zinsen senken. Es zeigt, wie stark variable Zinsen auf die Kreditrückzahlungen und damit auf deren Anteil an den Wohnkosten am Haushaltseinkommen wirken. Bei steigenden Zinsen und damit in den Umfragen 2023 und 2024 war genau das gegenteilige Phänomen sichtbar: Die steigenden Zinsen haben die Wohnkostenbelastung der Eigentümer:innen mit laufenden (variablen und gemischt verzinsten Krediten) stark nach oben getrieben. Je höher der Anteil der Wohnkosten am Einkommen, desto weniger bleibt für andere Ausgaben. Mit mehr als 40 Prozent Wohnkostenanteil muss häufig – sofern vorhanden – bereits auf Ersparnis zurückgegriffen werden, um Grundbedürfnisse erfüllen zu können. Die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind dabei nicht zu unterschätzen: Der Konsum wird massiv gedrückt. Der relative Anteil allein ist dabei allerdings nicht isoliert zu betrachten, es hängt auch von der absoluten Höhe des Einkommens ab.

**Abbildung 6: Einkommensverteilung<sup>9</sup> der Umfrage-Teilnehmer:innen und Wohnkostenbelastung**



<sup>8</sup> Da im Rahmen der Umfrage Einkommensklassen abgefragt wurden, wurden zur Berechnung die oberen Grenzen der Einkommensklassen verwendet, was bedeutet, dass das tatsächliche Einkommen gleich hoch oder geringer ist. Es handelt sich somit um eine konservative Schätzung der 40%-Grenze.

<sup>9</sup> Bei der Berechnung der Einkommensverteilung und der Wohnkostenbelastung wurden ebenfalls die oberen Grenzen der Einkommensklassen verwendet. Es handelt sich somit um eine konservative Schätzung der durchschnittlichen Wohnkostenbelastung, die teilweise um bis zu 5 Prozentpunkte höher sein könnte.

Abbildung 6 verdeutlicht, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den Ausgaben für Wohnen enorm belastet sind. Die Grafik zeigt zudem die Verteilung der Haushaltseinkommen und durchschnittlichen Wohnkosten pro Einkommensklasse. 3,4 Prozent (2024: 4 Prozent) der Umfrage-Teilnehmer:innen verdienen weniger als € 1.400,- und mussten 2024<sup>10</sup> davon durchschnittlich 54,1 Prozent für Wohnkosten aufwenden. Bei Einkommen zwischen € 1.401,- und € 1.800,- sind 57,9 Prozent aufzuwenden, bei € 1.800 bis € 2.500 knapp 48 Prozent. Sogar Umfrage-Teilnehmer:innen mit einem Einkommen bis € 3.000 geben im Durchschnitt mehr als 45 Prozent für Wohnkosten aus. Fast 47 Prozent aller Personen (und gleichzeitig die fünf unteren Einkommensklassen) haben einen Wohnkostenanteil von 49 Prozent, 2024 waren das noch 42 Prozent, 2025 noch 45 Prozent.

### **Abnehmende Belastung mit steigendem Einkommen**

Die relative Belastung nimmt mit steigendem Einkommen ab: Knapp 16,8 Prozent (2024 waren das noch 13 Prozent) der Umfrage-Teilnehmer:innen haben ein Haushaltseinkommen von über € 5.000,-, sie kommen durchschnittlich auf einen Wohnkostenanteil von nur 26,6 Prozent. Auch hier ist der Anteil seit dem letzten Jahr angestiegen. Die durchschnittliche Wohnkostenbelastung ist mit 38 Prozent (im Jahr 2023 waren es 32 Prozent, 2024 knapp 33 Prozent) über alle Haushaltseinkommen hinweg schon sehr hoch, die untere Hälfte der Einkommensverteilung kommt im Durchschnitt sogar auf 47 Prozent (im Jahr 2023 waren das noch 40,4 Prozent und im Jahr 2024 44 Prozent).

In der Einkommensverteilung hat es wie erwartet eine leichte Verschiebung hin zu höheren Einkommensklassen gegeben. Im Jahr 2023 haben noch 5,7 Prozent der Teilnehmer:innen weniger als € 1.400,- verdient, in der diesjährigen Umfrage sind es 3,4 Prozent. 2024 waren es 4,2 Prozent. Generell ist die Verschiebung aber in den oberen Einkommensklassen sichtbar, was suggeriert, dass diese die Inflation besser abgegolten bekommen haben.

Während die verfügbaren Einkommen demnach leicht angestiegen sind<sup>11</sup>, wie die Verschiebung der Verteilung zeigt, sind die anteiligen Kosten für Wohnen am Einkommen trotzdem konstant oder teilweise angestiegen. Das bedeutet, dass die Wohnkosten im Durchschnitt im selben Ausmaß gestiegen sind oder die Steigerungen über den Einkommen gelegen sind. Die verfügbaren Netto-Einkommen müssen ansteigen, um die durch die hohe Inflation gestiegenen Lebenshaltungskosten decken zu können. Die Ausgaben für Wohnen sind in Vorarlberg aber überdurchschnittlich hoch. Anders als bei einem Luxusauto oder einem teuren Smartphone können die Ausgaben für Wohnen nicht vermieden werden. Wie die Mietpreise (siehe unten) zeigen, kann nicht auf eine günstigere Wohnung ausgewichen werden, besonders dann nicht, wenn die Vertragsabschlusskosten so hoch sind. Das verfügbare Einkommen nach Abzug der Wohnkosten ist damit weitaus weniger stark gestiegen, wenn überhaupt angestiegen, als die Einkommen an sich.

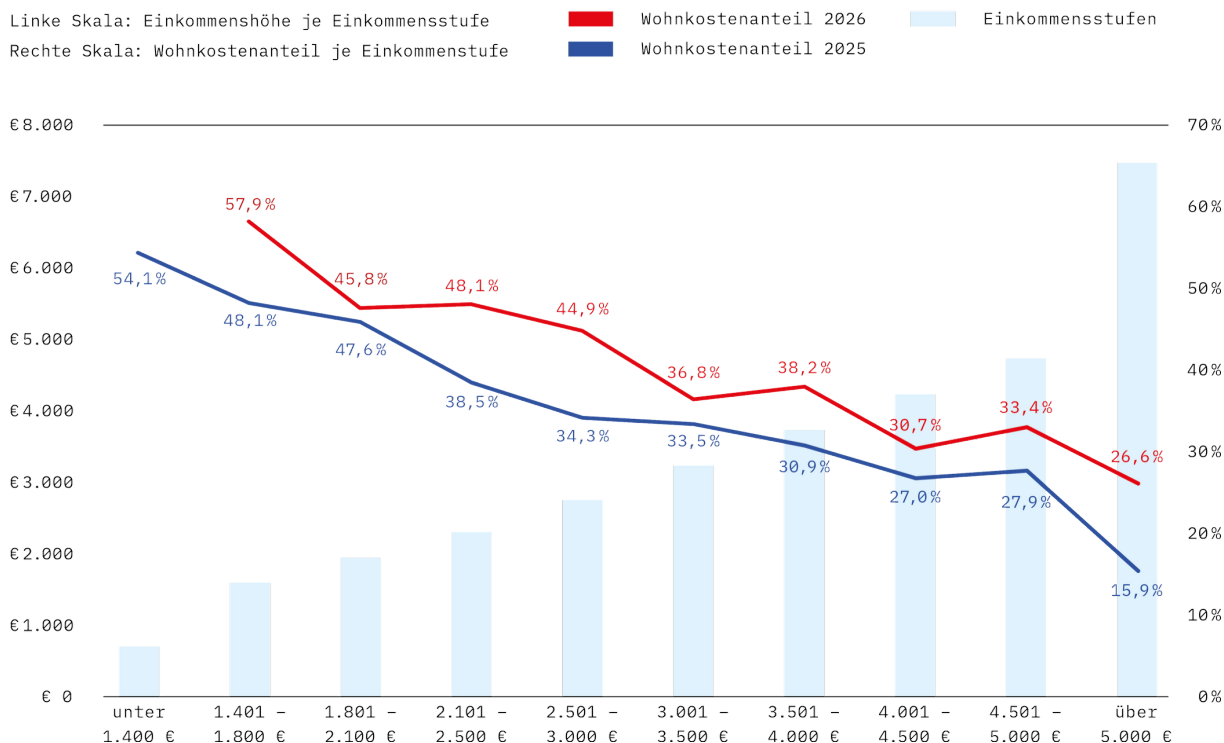
Abbildung 7 zeigt eine Gegenüberstellung der Wohnkostenanteile je Einkommensklasse aus der Umfrage 2025 und 2026. In vielen Einkommensklassen sind die Wohnkostenanteile am verfügbaren Einkommen angestiegen oder relativ konstant geblieben. In den unteren Einkommensklassen ist dieser Anstieg besonders sichtbar.

---

<sup>10</sup> 2026: Zu wenige Teilnehmer:innen mit Einkommen unter € 1.400,- um eine sinnvolle Darstellung des Wohnkostenanteils zu ermöglichen.

<sup>11</sup> Sinnvolle Berechnungen zu genauen prozentuellen Veränderungen des Einkommens sind auf Grund der Angaben in Einkommensklassen nicht möglich.

**Abbildung 7: Gegenüberstellung der Wohnkostenbelastung je Einkommensklasse aus der Umfrage 2025 und der Umfrage 2026**



## Miete

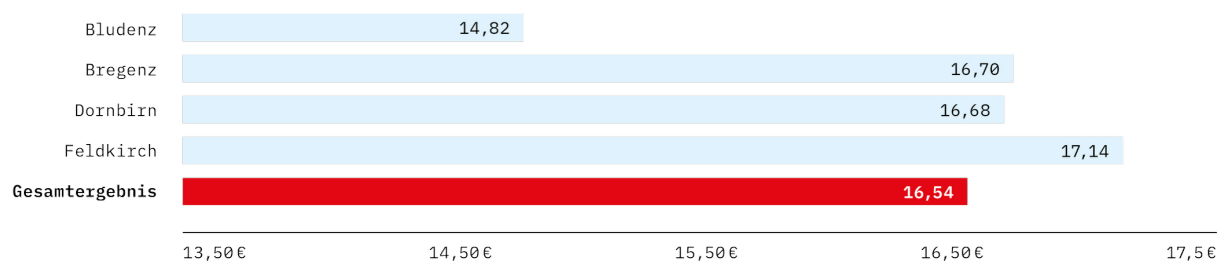
Mehr als 80 Prozent der Mieter:innen geben an, einen befristeten Mietvertrag zu haben. Zwei Drittel geben an, dass dieser auf maximal drei Jahre befristet ist. Die Werte sind nahezu ident mit jenen aus 2024 und 2025. Fast 41 Prozent geben an, Bearbeitungsgebühren bei Vertragsabschluss zu zahlen (20 Prozent zahlten mindestens eine Monatsmiete). Das scheint sich im Vergleich zu den Vorjahren verbessert zu haben (2024: 50 Prozent bezahlten Bearbeitungsgebühren). Auch in diesem Jahr geben noch über 75 Prozent an, dass ihre Miete im Vorjahr mindestens einmal erhöht wurde. Bei mehr als 37 Prozent mit Mietvertragsverlängerung wurde im Zuge dessen die Miete erhöht.

42 Prozent der Teilnehmer:innen, welche Betriebskostenabrechnungen erhalten (drei Viertel der Personen in Miete), haben bereits die Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2024 erhalten. Für jeweils mehr als die Hälfte derer, die die Abrechnung bereits erhalten haben, gab es eine Nachzahlung. Im Durchschnitt gab es dabei eine Nachzahlung von € 190,- und eine Gutschrift von € 110,- (wobei die Nachzahlungen bis in die Höhe von € 1.500,- reichen). Betriebskosten sind durchaus auch ein Treiber der Wohnkosten. Teilweise sind deren Bestandteile indiziert bzw. sind indirekt die enthaltenen Lohnkosten durch Lohnanpassungen in Folge der Inflation gestiegen.

Nur 5,9 Prozent aller Teilnehmer:innen in Miete beziehen Wohnbeihilfe, dabei im Schnitt € 337,- (in etwa 80,- € weniger als 2025)<sup>12</sup>. Knapp ein Drittel gibt an, dass dafür das Einkommen zu hoch ist. Etwa 3 Prozent mussten den Wohnschirm in Anspruch nehmen.

<sup>12</sup> Auf Grund der kleinen Stichprobe und der geringen Anzahl an Beobachtungen in dieser Subgruppe der Wohnbeihilfebezieher:innen lassen sich keine aussagekräftigen Schlüsse ziehen oder lassen Vergleiche mit den Vorjahren zu.

**Abbildung 8: Monatliche Ausgaben<sup>13</sup> für Wohnen pro m<sup>2</sup> nach Bezirken, Mieter:innen**



Die monatlichen Ausgaben für Wohnen pro m<sup>2</sup> sind unabhängig vom Einkommen ähnlich hoch. Für Mieter:innen mit niedrigem Einkommen scheint es nicht möglich, eine günstigere Wohnung zu finden. Sie sind dem Markt ausgeliefert.

Abbildung 8 zeigt die regionalen Unterschiede. Die durchschnittlichen Preise pro m<sup>2</sup> sind in Bludenz am niedrigsten, in Feldkirch sind sie am höchsten. Seit der Umfrage 2023 sind die Kosten pro m<sup>2</sup> laut Angaben der Teilnehmer:innen um fast 18 Prozent gestiegen. Durchschnittlich, über alle Bezirke, liegen die Preise nun bei mehr als € 16,54 pro m<sup>2</sup> (2023 waren es noch € 15 pro m<sup>2</sup>). Die höchste Miete pro m<sup>2</sup> ist bei Teilnehmer:innen in privater Miete zu finden: € 17,3 pro m<sup>2</sup>, während Personen im Gemeinnützigen Wohnbau im Durchschnitt deutlich weniger zahlen (€ 12,6 pro m<sup>2</sup>).

Die Wohnkostenbelastung ist im Mietsegment am höchsten, speziell bei den privaten Mieten. Ganze 44 Prozent vom Einkommen müssen dort im Durchschnitt fürs Wohnen ausgegeben werden. Der Wohnkostenanteil ist bei Personen, welche Wohnbeihilfe beziehen, in privater Miete höher als bei Personen ohne Wohnbeihilfe. Im Bereich Gemeinnützigen Wohnbaus liegt der Wohnkostenanteil mit 37 Prozent deutlich unter dem der Personen in privater Miete. Hier wird der Mietvorteil, der sich auch im Policy Paper „Gemeinnütziger Wohnbau“ und in der aktuellen WIFO-Studie zur Verteilungswirkung der Wohnbauförderung Vorarlberg zeigt, sichtbar. (vgl. Kössl, 2026 & Klien et. al, 2026). In beiden Studien wird der Mietvorteil, welcher durch den Gemeinnützigen Wohnbau einhergeht, beleuchtet und das ungenutzte Potenzial verdeutlicht. Ein überraschendes Ergebnis der Umfrage ist, dass im Bereich Gemeinnütziger Wohnbau die Wohnbeihilfebezieher:innen nochmals einen deutlich niedrigeren Anteil an den Wohnkosten, gemessen am Einkommen verzeichnen als Bewohner:innen im Gemeinnützigen Wohnbau ohne Wohnbeihilfe<sup>14</sup>. Da es sich in Vorarlberg bei Bewohner:innen im Gemeinnützigen Wohnbau weitestgehend um Geringverdiener:innen (über 55 Prozent im Gemeinnützigen Wohnbau verdienen weniger als € 2.500,- während es im Gesamtergebnis nur knapp ein Drittel sind, die so wenig verdienen) handelt (vgl. Klien et al., 2026), macht die Wohnbeihilfe eine wesentliche Entlastung aus. Dass die Situation in privater Miete genau umgekehrt ist, ist nur auf ersten Blick auffällig: Personen in privater Miete sind bis in die obersten Einkommensbereiche stark von den hohen Wohnkosten belastet. Geringverdiener:innen sind auf Grund der hohen Miete besonders belastet, bei ihnen ist die Belastung also auch nach Wohnbeihilfe noch hoch.

Ein Grund für steigende Wohnkosten besteht auch darin, dass es immer häufiger Einpersonenhaushalte gibt, da diese die Nachfrage treiben und die Kosten pro m<sup>2</sup> meist höher liegen. Dies zeigt sich auch in der Umfrage: Wohnkosten pro m<sup>2</sup> sind im Durchschnitt für Einpersonenhaushalte am höchsten und nehmen mit steigender Haushaltsgröße ab (Durchschnitt knapp € 17,- pro m<sup>2</sup> für Einpersonenhaushalte, etwa € 14,- für Haushalte mit zwei Personen und noch etwa € 11,- für Haushalte mit vier Personen). Selbes gilt für die

<sup>13</sup> Miete bzw. Rückzahlungsrate plus Betriebskosten und Heizen, aber ohne Strom, Internet usw.

<sup>14</sup> Auf Grund der kleinen Stichprobe und der geringen Anzahl an Beobachtungen in dieser Subgruppe der Wohnbeihilfebezieher:innen lassen sich keine aussagekräftigen Schlüsse ziehen oder lassen Vergleiche mit den Vorjahren zu.

Wohnkostenbelastung: Einpersonenhaushalte in privater Miete kommen auf den höchsten Wohnkostenanteil aller Subgruppen. Denselben Zusammenhang gibt es im Gemeinnützigen Bereich, auch wenn das Niveau der Kosten und der Belastung deutlich darunter liegt.

## Eigentum

54 Prozent der Eigentümer:innen haben ihr Haus bzw. ihre Wohnung neu gebaut, ein Drittel hat gebraucht gekauft und fast 13 Prozent haben sie vererbt oder geschenkt bekommen. Der Kaufpreis bzw. die Gegenleistung lag im Durchschnitt bei über € 445.000,-, dabei zeigt sich ein deutlicher Anstieg je nach Baujahr. Interessant ist, dass der Unterschied zwischen dem Preis von Wohnungs- und Hauseigentum im Vergleich zu den Vorjahren nur noch gering ausfällt (im Schnitt € 442.000,- für Haus- und € 436.000,- für Wohneigentum). Der Eigenmittelanteil der Finanzierung lag dabei bei 32,5 Prozent. 44 Prozent konnten die Wohnbauförderung (WBF) in der Höhe von durchschnittlich € 61.700,- beziehen, hier zeigt sich ein deutlicher Rückgang verglichen mit den Umfragen der Vorjahre, was sich auch in der WIFO-Studie zur Verteilungswirkung gezeigt hat (vgl. Klien et al., 2026). Interessant ist, dass Teilnehmer:innen unter 49 Jahren – die durchschnittliche Teilnehmer:in in Eigentum ist 49 Jahre alt – nur zu weniger als 35 Prozent WBF bezogen haben. Der Anteil bei den älteren Teilnehmer:innen ist höher und liegt bei 56,5 Prozent. Auch das deckt sich mit den Ergebnissen der WIFO-Studie (vgl. Klien et al., 2026). Die Kommentare der Umfragen (in allen Jahren) zeigen auch, dass gerade junge Familien oft nicht zur WBF kommen, wenn Einkommen oder auch Eigenmittel zu hoch sind. Die WBF scheint nicht mehr den gewünschten Nutzen zu entfalten, welchen sie einmal hatte. Das suggeriert zumindest das Umfrageergebnis.

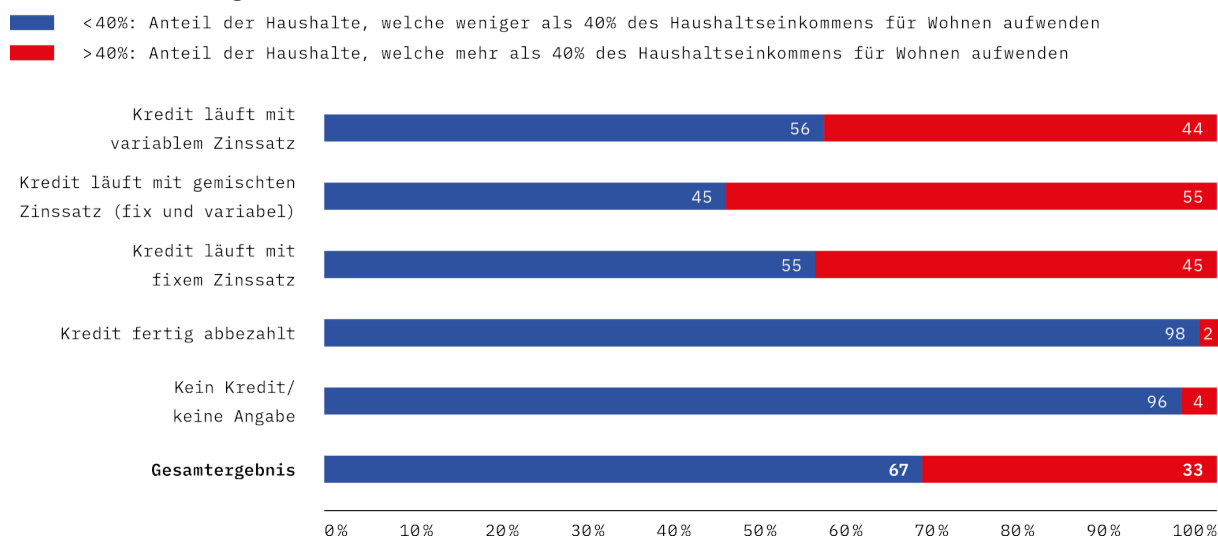
Nur knapp 20 Prozent aller Eigentümer:innen haben den Kredit bereits abbezahlt und etwa 10 Prozent hatten keinen Kredit bzw. keinen angegeben, über 45 Prozent haben eine variable oder gemischte Verzinsung (23 Prozent nur variabel) und nur 25 Prozent eine fixe Verzinsung. Variable und gemischte Verzinsungen gehen mit enormen Schwankungen in der Wohnkostenbelastung in Abhängigkeit von Zinsänderungen einher. Dies hat sich in den letzten Jahren besonders gezeigt, auch welches Risiko damit verbunden ist. Umso mehr Haushalte im Eigentum wohnen, und sich dafür mit variabler Verzinsung verschulden, desto höher das volkswirtschaftliche Risiko, da Anstiege in den Rückzahlungen und damit am Wohnkostenanteil oft Konsumverzicht nach sich ziehen.

Durchschnittlich liegt die Wohnkostenbelastung bei Eigentümer:innen unter der von Mieter:innen. Ausschlaggebend ist hier, dass bei unserer Berechnung die Kreditrückzahlungen zwar einfließen<sup>15</sup>, aber durch den relativ hohen Anteil an Eigentümer:innen, ohne Kredit bzw. mit bereits abbezahltem Kredit die Belastung im Schnitt gering ausfällt. Das wird in Abbildung 9 besonders anschaulich dargestellt. So gibt es kaum Haushalte ohne laufenden Kredit, bei denen der Anteil der Wohnkosten mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens ausmacht. Am höchsten ist die Belastung bei Personen mit variablen bzw. gemischten Verzinsungen. Hier ist auch ein deutlicher Anstieg verglichen mit den Vorjahren erkennbar. Kommt es zu so starken Zinsanstiegen wie in den vergangenen Jahren, wird der Anteil vom Einkommen, der für die Kreditrückzahlung notwendig ist, schnell unüberschaubar hoch. Zinssenkungen zeigen demnach den genau umgekehrten Trend.

---

<sup>15</sup> In den Daten der Statistik Austria werden Kreditrückzahlungen nicht eingerechnet, da es sich nicht um Aufwendungen handelt. Da diese Ausgaben aber direkten Einfluss auf das verbleibende Einkommen und die finanzielle Belastung haben, werden sie bei uns eingerechnet.

## Abbildung 9: Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen über bzw. unter 40 Prozent, nach Finanzierungsform



Die Situation für Eigentümer:innen bei den Wohnkosten pro m<sup>2</sup> zeigt ein ähnliches Bild wie bei den Teilnehmer:innen in Miete: Die Ausgaben pro m<sup>2</sup> unterscheiden sich über die Einkommensklassen nicht systematisch. Bei höheren Einkommen gibt es einen leichten Trend zu höheren Kosten. Die durchschnittlichen Ausgaben pro m<sup>2</sup> sind für Eigentümer:innen mit € 11,45 verglichen mit den Angaben der Umfrage 2023 (€ 11,1) um etwa 3 Prozent angestiegen, vermutlich hauptsächlich durch die Zinsänderungen (die Werte liegen aber in der Schwankungsbreite), liegen aber deutlich unter den € 16,54 der Mieter:innen).

### Kommentare zeigen Handlungsbedarf

Mehr als 140 Personen haben uns in den offenen Kommentaren ihre persönliche Situation geschildert. Diese qualitativen Informationen sind sehr viel wert. Zudem bestätigen sie, was die Daten zeigen:

Es leiden alle Wohnungsnutzer:innen quer durch alle Wohnkategorien an hohen Wohnkosten, seien es Grundstücks- und Wohnungspreise, Baukosten, Mieten, Betriebs- und Heizkosten, Kauttionen, Maklergebühren, Handwerker-, Anwalts- oder Notariatshonorare. Die hohen Wohnungspreise belasten vor allem Alleinstehende, Alleinerziehende und junge Familien mit Kindern, insbesondere aber auch Pensionist:innen. Befristete Wohnverhältnisse sind belastend, auch bei den Gemeinnützigen Wohnverhältnissen. Viele Wohnungen sind reparaturbedürftig und viele Häuser sollten thermisch – gegen Kälte und Hitze – saniert werden oder es sollte ein Heizungstausch erfolgen. Doch gerade vermietete Objekte werden vielfach weder saniert noch repariert. Aber auch den Eigentümer:innen, die in eigenen Wohnungen und Häusern leben, scheinen anstehende Reparaturen und erforderlich werdende Sanierungen sowie der Tausch von Heizungen große Sorgen zu bereiten. Von den rechtlichen Rahmenbedingungen sind viele mehr als enttäuscht: Vorarlberg hat die höchste Befristungsquote österreichweit.

## **Kommentare im Originalzitat und Kontext im Detail**

(Kommentare sind kursiv und in Anführungszeichen original und unverändert)

Viele **Wohnungen sind reparaturbedürftig** und **viele Häuser sollten thermisch** – gegen Kälte und Hitze – **saniert werden** oder es sollte ein **Heizungstausch** erfolgen. Doch **gerade vermietete Objekte** werden vielfach weder repariert, geschweige denn auf einen besseren thermischen Standard saniert. Von Mieter:innen wird bemängelt, dass trotz ständig steigender Mieten und hoher Betriebskosten selbst dringendste Reparaturen und Verbesserungen nicht vorgenommen werden. Sogar von Schimmel in Wohnräumen wird berichtet, gerade in vermieteten Wohnungen. Viele trauen sich nicht, das Problem anzusprechen, weil die Vermieterseite vielfach postwendend die Schuld für den Schimmel bei den Wohnungsmieter:innen sehe und sich dadurch um notwendige Investitionen drücke.

**Hohe Mieten auf dem privaten Mietwohnungsmarkt** führen zu hohen Belastungen der Haushalte. Viele Teilnehmer:innen schildern, dass die Mieten „fast unbezahlbar“ sind und nicht mehr zu den Gehältern passen.

Beispiele:

*„Mieten sind zu hoch und nicht an die Gehälter in Österreich angepasst ( fast unbezahlbar), man sollte nur ein Kind haben (in bestem Fall), keine Katzen, nicht rauchen..., nur zahlen bis es geht nicht mehr ist erlaubt...“*

*„Wir wohnen in einer viel zu kleinen Wohnung da ein Umzug in eine Größere finanziell einfach nicht machbar ist. Die laufenden Kosten summieren sich. Das Einkommen wird nicht mehr die letzten Jahre, aber jegliche Kosten für Wohnung und Lebensmittel steigen. Wir sind mit einer Rückzahlung von 900 Euro warm eingezogen und zahlen nun 1300 Euro, da haben wir noch nichts gegessen. Da auch die Erhaltungskosten im Geschäft teurer geworden sind und ich durch die Kinder nicht 100 Prozent arbeiten kann, da sie noch zu klein sind...Der Lebensmittelbereich belastet mich mehr wie die Wohnsituation.“*

*„Ich verdiene eigentlich ganz okay 2100€, da aber alles so teuer ist, lebe ich momentan auch teils von meinem Ersparnen.“*

*„Nach über 20 Jahren in einer Gemeinnützigen Wohnung immer am Zittern, ob noch einmal 3 Jahre verlängert wird. Wenn keine Verlängerung des Mietvertrages mehr möglich sein wird, wissen wir nicht wie wir die derzeitigen Mietpreise für Privatwohnungen bezahlen sollen.“*

## **Laufende Kostensteigerungen (Mieten/Betriebskosten/variable Kredite)**

**beeinträchtigen die Lebensführung vieler Haushalte:** Selbst auf wenige Jahre befristete Mietverhältnisse werden regelmäßig an den Verbraucherpreisindex angepasst. Es wird kritisiert, dass die Löhne nicht mit den steigenden Kosten Schritt halten.

Beispiele:

*„Man sucht sich eine Wohnung so, dass man sie zahlen kann und es sollte nicht dem Vermieter erlaub sein, unter der 3-jährigen Frist einfach eine Mieterhöhung zu machen und das war bei mir schon 2x der Fall. Befristeter Mietvertrag! ....“*

*„Unser Mietvertrag ist an dem Verbraucherpreisindex gekoppelt. Der VPI enthält aber zur Berechnung 20% Miete; kein anderes Gut geht mit einem so hohen Wert in die Berechnung ein. Angenommen, alle anderen Güter außer Miete bleiben gleich, so erhöht sich die Miete*

*im nächsten Jahr, weil die Mieten im vorherigen Jahr erhöht wurden. So ist sicher, dass die Mieten immer weiter steigen. Kann nicht verstehen, warum diese Kopplung Miete an VPI rechtens ist. Aber es garantiert, dass Mieten immer steigen.“*

*„Betriebskosten für Wohnanlage steigen im 2-stelligen Bereich jährlich. Teilweise nicht nachvollziehbare Preissteigerungen durch Dienstleister und Handwerksfirmen. Auch Hausverwalter langen zu (jährlich 6% mehr Verwaltungskosten)“*

*„Miete stieg in den letzten 4 Jahren stärker an als das Einkommen. Um Budgethaushalt in Ordnung zu halten, bedarf es laufend Einsparungen in anderen Bereichen (Urlaub, Therapiekosten, Freizeit allg).“*

*„Variabler Zinssatz ist eine große Belastung - Umschuldung wäre nochmals teuer. Inflation ist ein großes Thema!!! KV-Verhandlungen sind sehr wichtig, damit hier der Lohn steigt und sich somit anpasst!“*

Es zeigt sich in den Kommentaren, dass **Alleinerziehende, getrenntlebende Paare mit Kindern, Pensionist:innen, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, aber auch Alleinstehende durch die laufenden Kostensteigerungen besonders betroffen** sind. Viele haben Angst vor Überschuldung und Wohnungsverlust oder leben in beengten Wohnverhältnissen. Sie beklagen den fehlenden Zugang zu dauerhaft leistbaren Gemeinnützigen Wohnungen und zur Wohnbeihilfe.

Beispiele:

*„Alleinerziehende Mutter. Laut Gesetz verdiene ich zu viel für Wohnbeihilfe. Zu viel, um zu sterben – zu wenig, um zu überleben. Weiß an machen Monaten nicht, wie ich alles bezahlen soll.“*

*„Die jährliche Indexanpassung-Mietzins macht mir zu schaffen, als alleinerziehende Mutter ist es auch schwer, wenn Kinderbeihilfen, Unterhalt und dergleichen gekürzt werden.“*

*„64 m<sup>2</sup> ist klein mit 2 fast Teenies, aber wir finden nix Leistbares in der Nähe“*

*„Nach der Trennung von meinem Mann stehe ich alleine da mit meinen 2 Kindern in einer Mietwohnung, die ich mir nicht leisten kann. Alle Versuche eine kleinere, günstigere Wohnung zu finden, sind nicht von Erfolg gekrönt. Leider suchen wir noch. Wohnbeihilfe bekomme ich nicht, dafür verdiene ich zu gut. Aber 1500€ alleine mit einem Lohn von 2300€ stämmen ist nicht machbar. Gemeindewohnungen sind keine frei.“*

*„Hab Geld gespart als Altersabsicherung. Darum gibts dann keine Mietbeihilfe. Leb allein, komme bald in Pension. Bin mal neugierig, wie es wird mit 1300 € Pension, wenn die Wohnung 1050 € ohne Strom usw. kostet. Meine Ersparnisse müssen mich retten.“*

*„Ich bin Single und habe von 2014 bis 2025 auf eine Gemeindewohnung gewartet und keine bekommen. In 6 Monaten gehe ich in Pension. Dann ist die Wohnung für mich nicht mehr leistbar. Ich werde Wohnbeihilfe ansuchen müssen. 1.300 Euro Nettopension und 925 Euro Miete inkl. BK geht sich nicht aus. Strebe Umzug in anderes Bundesland an, wo Wohnkosten niedriger sind.“*

**Teilnehmer:innen mit mittlerem und gutem Erwerbseinkommen können sich – ohne Erbe oder Schenkung von Immobilien oder Geld – kein Eigentum anschaffen und zahlen hohe Mieten:** Viele Teilnehmer:innen würden gerne im Eigentum leben, können aber trotz eines guten Erwerbseinkommens die hohen Marktpreise ohne entsprechende Eigenmittel nicht finanzieren. Glücklicherweise schätzen sich jene, die in den letzten Jahren auf eine Immobilie oder eine Schenkung aus dem Familienverband zurückgreifen und darauf aufbauen durften. Wer dagegen dauerhaft in Miete lebt und nicht mit Familienvermögen rechnen darf, ist oft nicht in der Lage, Eigenmittel anzusparen. Solche Haushalte bezahlen hohe Mieten, bekommen keine Wohnbeihilfe und der Zugang zum Gemeinnützigen Wohnungssektor ist ebenfalls eingeschränkt.

Beispiele:

*„Verdienst zu hoch für eine Unterstützungsleistung/Beihilfe. Verdienst zu niedrig, da monatlich kaum was übrigbleibt. Die Mittelschicht fällt komplett durch den Raster... egal ob Miete oder Eigentum mit Finanzierung... es ist alles zu teuer geworden.“*

*„Es ist traurig, dass man sich trotz gutem Lohn keine passende 3-4 Zimmer Wohnung mehr leisten kann. Und man dann aber zu viel verdient, um Wohnbauförderung zu bekommen. (Oder mit Abschlägen).“*

*„Zum Wohnen/Leben in Miete reicht das Geld vollkommen aus. Der Traum einmal Eigentum zu besitzen ist aber sehr wahrscheinlich nicht umsetzbar. Bei den aktuellen Lebenskosten ist es kaum möglich genug zu sparen.“*

*„Die Suche nach Eigentum gestaltet sich schwierig. Ich suche nach einer Wohnung, mit 3-4 Zimmer. Die Preise sind absurd. Die monatlichen Rückzahlungen höher als die Miete und ich weiß nicht, wie wir das stemmen sollen (vor allem, wenn das höhere Einkommen durch Kinder etc. wegfällt). Und dann frag ich mich, wie andere das bitte machen (sollen), weil wir mit unserem Einkommen wirklich schon gut dastehen. Die Wohnpreise und das Einkommen passen einfach nicht mehr zusammen.“*

*„Wenn ich nicht zusammen mit meinen Eltern auf deren Grund und aufbauend auf ihren Ersparnissen gebaut hätte, hätte es finanziell niemals geklappt und ich hätte vermutlich eine Mietkauf-Lösung angestrebt. Die Miete samt BK für die Wohnung, in der ich vor dem Neubau gewohnt habe, ist in den viereinhalb Jahren, in denen ich dort bis Ende 2023 gewohnt habe, ständig gestiegen und mein Nachmieter hat bei seinem Einzug fast ein Drittel mehr bezahlt, als ich zu Beginn.“*

**Hohe Wohnkostenbelastungen wirken sich auf Familienplanungen negativ aus und belasten Familien mit Kindern:** Die Unsicherheit über die künftige Leistbarkeit des Wohnraums führt dazu, dass Familiengründung oder -erweiterung verschoben oder ganz aufgehoben wird.

Beispiele:

*„Miet-Kauf Wohnung über die Gemeinde. Nur zwei Zimmerwohnung. Möchten uns aufgrund von Familienplanung vergrößern, aber da durch Karenz dann ein Gehalt wegfällt, kaum möglich. Die Preise sind zu teuer.“*

*„Mit 2 Kinder ist es zu klein geworden, aber eine größere wird nur an Kinderlose vergeben.“*

*„Möchten eine eigene Wohnung kaufen oder ein eigenes Haus bauen. Da aber die Kosten so enorm groß sind, ist es unmöglich, neben der Miete Geld zu sparen. Wir verdienen im Durchschnitt nicht schlecht, aufgrund dessen auch mein Mann in der Schweiz arbeitet, aber wir erwarten dieses Jahr ein Kind und haben jetzt schon festgestellt, dass das Geld nicht ausreicht. Ich werde nach einem Jahr Karenz wieder arbeiten und komme um einiges weniger, als wenn ich arbeitslos bin. Irgendwas stimmt da im System nicht, normalerweise sollte dies umgekehrt sein und die, wo arbeiten gehen, auch belohnt werden. Und nein, ich möchte nicht nur wegen dem Geld arbeitslos werden, ich liebe meine Arbeit und werde mich nicht auf dieses Niveau herunterlassen. Ich hoffe es ändert sich etwas.“*

*„Auf der Suche nach einem Eigenheim, unbezahlbar! Sobald ein Elternteil in Karenz geht, werden die Sorgen größer. 4 Zimmerwohnung mit Garten unter 2000€ Miete fast unmöglich.“*

*„Noch können wir sehr gut leben, da wir beide gut verdienen, jedoch haben wir keine Kinder und eine sehr kleine Wohnung zu zweit und ein kleines sehr altes Auto. Nun wird sich das bald ändern, da ein Kind unterwegs ist, wir eine größere Wohnung brauchen und ein größeres Auto. Bin mir nicht sicher, ob wir dann noch sehr gut leben können ... das wird sich alles ändern.“*

**Hohe Baupreise wirken sich auch auf Sanierungen aus** und belasten einige Haushalte stark.

*„Es steht die Sanierung des Hauses an, die Sanierungskosten sind horrend, unsere Situation wird sich durch den dafür notwendigen Kredit sehr verschlechtern, leider ist die Sanierung jedoch unumgänglich.“*

*„Die ganze Wohnanlage wurde saniert. Viele tausende Euro mehr zur Abrechnung gebracht als ursprünglich vereinbart. Ganz schlimm für mich, musste gezwungenermaßen Wertgegenstände verkaufen, um die erhöhten Rechnungen bezahlen zu können.“*